

Nr. 15/743

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. „Elektronischer Arztbrief“
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 19. Juni 2001
(Drucksache 15/754)
2. Regulierung von Rabenkrähe und Elster
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 26. September 2001
(Drucksache 15/844)
3. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zulassung einer öffentlichen Spielbank
Mitteilung des Senats vom 11. September 2001
(Drucksache 15/817)
2. Lesung

Nr. 15/744

Wahl und Vereidigung eines weiteren Mitglieds des Senats nach Artikel 107 der Landesverfassung

Mitteilung des Senats vom 22. Oktober 2001
(Drucksache 15/861)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Frau Dr. Kerstin K i e ß l e r

zum weiteren Mitglied des Senats.

Das weitere Mitglied des Senats leistet gemäß Artikel 109 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vor der Bürgerschaft (Landtag) nachstehenden Eid

„Ich schwöre als Mitglied des Senats, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen halten und schützen zu wollen.“

mit folgenden Worten:

Dr. Kerstin Kießler „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“

Nr. 15/745

Fragestunde

1. Chancengleichheit für Arbeitnehmerinnen im Konzern Bremen
Anfrage der Abgeordneten Barbara Wulff, Böhrnsen und Fraktion der SPD
vom 25. September 2001

2. Ausschreibung von Junior-Professuren
Anfrage der Abgeordneten Dr. Käse, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 16. Oktober 2001

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

3. Personalvertretungsgesetz (BremPVG)
Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 16. Oktober 2001

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

4. Ausweisung des Wasserschutzgebietes Bremen-Vegesack
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Oktober 2001

5. Inpol-neu gescheitert?
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Oktober 2001

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 15/746

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 15/747

Wirtschaft und Verkehr im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 19. Juni 2001
(Drucksache 15/756)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. September 2001

(Drucksache 15/821)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/748

Verkehrsinfrastruktur im Nordwesten verbessern

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 23. Oktober 2001
(Drucksache 15/865)

1. Der Senat wird aufgefordert, gemeinsam mit Niedersachsen ein „Zukunftskonzept Verkehr Nordwest 2015“ für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur im Nordwesten und dem Raum Bremen zu erarbeiten. Bestandteile des Konzeptes sollen u. a. sein:
 - a) Stärkung der Bahninfrastruktur für die bremischen Häfen und den Jade-Port-Wilhelmshaven sowohl hinsichtlich der Schnittstelle Schiene/Straße als auch der Schienenwege;
 - b) Ausbau der Eisenbahnstrecken insbesondere im so genannten Korridor 105 (Bremerhaven bis Nienburg) mit dem Ziel, mehr Güterverkehr auf die Schiene zu bringen und schnelle Verbindungen für den Personenverkehr zu schaffen;

- c) Aufbau eines schnellen Regionalstadtbahnsystems zur Verbindung der Oberzentren des Nordwestraums mit der Region Bremen;
 - d) die Planung des achtspurigen Ausbaus der A 1 zwischen dem Bremer Kreuz und Brinkum ist so vorzubereiten, dass die Maßnahme bei einer Finanzierungszusage des Bundes sofort umgesetzt werden kann. Darüber hinaus ist der sechsspurige Ausbau der A 1 auf niedersächsischem Gebiet entsprechend der Zusage des Bundes zwischen dem Autobahndreieck Ahlhorner Heide und der Anschlussstelle Niedersachsen Lohne/Dinklage zügig zu realisieren und eine durchgängig sechsspurige Nutzung der „Hansalinie“ durch Nutzung der Standstreifen oder durch einen Streckenausbau vorzubereiten;
 - e) eine verbesserte Anbindung der Häfen Bremerhaven und Wilhelmshaven durch den Bau der A 22 voranzutreiben;
 - f) ein leistungsgerechter Ausbau der Wasserwege und insbesondere der Schleusen für den Hinterlandverkehr der Häfen in Bremerhaven und Wilhelmshaven.
2. Zur Finanzierung des „Zukunftskonzepts Verkehr Nordwest 2015“ wird der Senat aufgefordert, umgehend Gespräche mit der niedersächsischen Landesregierung über deren Vorhaben für die Nordwestregion zu führen. Darüber hinaus bittet die Bürgerschaft (Landtag) beide Landesregierungen, die Finanzierung der Maßnahmen für die zu erwartenden Erträge aus der bundesweiten Einführung der streckenabhängigen Lkw-Maut anzumelden. Weiterhin müssen Wege gesucht werden, private Finanzierungen – entweder nach dem Fernstraßenprivatbaufinanzierungsgesetz oder wie bei der A 31 durch direkte private Beteiligung – zu realisieren.
3. Die Realisierung der Ausbaumaßnahmen A 281, sechsstreifiger Ausbau der A 27, Anpassung der Mittelweser, Bau der Y-Trasse für den Bahnverkehr und der weiteren in Planung befindlichen Vorhaben ist weiter mit Vorrang zu betreiben.

Nr. 15/749

Altenpflegeausbildung

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 6. März 2001
(Drucksache 15/648)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. Mai 2001

(Drucksache 15/705)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/750

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Ausbildung in der Altenpflege

Mitteilung des Senats vom 25. September 2001
(Drucksache 15/840)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 15/751

Einführung eines Bremischen Informationsfreiheitsgesetzes – Chance für eine neue Partnerschaft zwischen Regierung und Bürgerinnen und Bürgern

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 3. Juli 2001
(Drucksache 15/767)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 9. Oktober 2001

(Drucksache 15/854)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/752

Gesetz über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land Bremen (Bremer Informationsfreiheitsgesetz – BremIFG)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 4. Juli 2001

(Drucksache 15/768)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie (federführend) und den Datenschutzausschuss.

Nr. 15/753

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über die Zugehörigkeit der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten im Land Bremen zum Versorgungswerk der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten im Land Niedersachsen

Mitteilung des Senats vom 18. September 2001

(Drucksache 15/823)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 15/754

Gesetz über den Eigenbetrieb GeoInformation Bremen

Eigenbetrieb des Landes Bremen (BremGeoG)

Mitteilung des Senats vom 18. September 2001

(Drucksache 15/824)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 15/755

Gesetz zur Umstellung von Vorschriften aus dem Zuständigkeitsbereich des Senators für Justiz und Verfassung auf Euro

Mitteilung des Senats vom 25. September 2001

(Drucksache 15/841)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 15/756

Bremisches Gesetz zur Umstellung von Landesrecht auf den Euro (Bremisches Euro-Umstellungsgesetz – BremEuroUmstG)

Mitteilung des Senats vom 2. Oktober 2001
(Drucksache 15/847)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 15/757

Reformprozess des bremischen Finanzmanagements Sachstandsbericht – August 2001

Mitteilung des Senats vom 25. September 2001
(Drucksache 15/845)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/758

Abschiebungshaft vermeiden

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Juni 2001
(Drucksache 15/744)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/759

Gesetz über den Abschiebungsgewahrsam im Lande Bremen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Juni 2001
(Drucksache 15/745)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 15/760

Verbesserung der Situation in der Abschiebungshaft Bremen-Vahr

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Juni 2001
(Drucksache 15/746)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag.

Nr. 15/761

Gesetz über den Abschiebungsgewahrsam

Mitteilung des Senats vom 9. Oktober 2001
(Drucksache 15/853)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 15/762

Gesetz zur Änderung des Meldegesetzes

Mitteilung des Senats vom 4. September 2001
(Drucksache 15/807)

1. Lesung

2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 23. Oktober 2001

(Drucksache 15/864)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 15/763

Gesetz zur Ausführung des Bundesdisziplargesetzes und des Zivildienstgesetzes

Mitteilung des Senats vom 25. September 2001
(Drucksache 15/839)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 15/764

Benennung des bremischen Mitglieds und seines Stellvertreters im Ausschuss der Regionen (AdR) der Europäischen Union für die dritte Mandatsperiode 2002 bis 2006

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Frau Staatsrätin Dr. Kerstin K i e ß l e r

als ordentliches Mitglied und die Abgeordnete Karola Jamnig-Stellmach als stellvertretendes Mitglied für die dritte Mandatsperiode von 2002 bis 2006 in den Ausschuss der Regionen (AdR).

Nr. 15/765

Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. Juli 2001

(Drucksache 15/775)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 15/766

Stellungnahme des Senats zum 23. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 9. Oktober 2001
(Drucksache 15/852)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum 23. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz zur Beratung und Berichtserstattung an den Datenschutzausschuss.

Nr. 15/767

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 34 vom 16. Oktober 2001

(Drucksache 15/855)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/768

Wahl eines Vertreters der Bremischen Bürgerschaft für den Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Rainer N a l a z e k

als Vertreter der Bremischen Bürgerschaft für die fünfte Amtszeit des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) von 2002 bis 2004.